

7-Punkte-Programm

Zürcher Wahljahr 2019

Im Hinblick auf die Kantonsratswahlen hat der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV) folgende politischen Schwerpunkte festgelegt. Diese bilden die Voraussetzungen für die Unterstützung von KMU-nahen Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf durch Gewerbevereine, Bezirksgewerbeverbände sowie den KGV.

KMU-freundliche Politiker und Politikerinnen, die dieses Programm unterstützen, setzen sich in der Legislatur 2019 – 2023 für die Ziele und Forderungen des KGV-Programms ein.

Präambel

Oberstes Ziel des KGV sind politische Rahmenbedingungen, mit denen die innovative Zürcher KMU-Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, wächst, Lehrstellen und Arbeitsplätze schafft und sichert. Der Wirtschaftsstandort Zürich benötigt ein Bekenntnis der Politik zur Verbesserung der Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenz-Standorten im In- und Ausland. Damit verbunden sind auch ein guter Zugang zu wichtigen globalen Märkten und insbesondere ein Bekenntnis zu den bilateralen Verträgen.

Folgende Forderungen in sieben Handlungsfeldern stehen für den KGV im Vordergrund:

1. Handlungsfeld Finanzen, Steuern und Gebühren

- eine kantonale Steuerstrategie, damit der Kanton Zürich im Vergleich mit den Nachbarkantonen und dem Ausland für natürliche und juristische Personen wettbewerbsfähig ist
- keine neuen Steuern oder deren vollständige Kompensation
- eine langfristig angelegte Finanzpolitik, die sich durch einen ausgeglichenen Haushalt auszeichnet. Ein hoher Eigenfinanzierungsgrad ermöglicht dabei konstant hohe Investitionen in die Infrastrukturen
- ein Staat, der weniger schnell wächst als die Wirtschaftsleistung. Ein besonderes Augenmerk gilt den grössten Kostentreibern im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen
- verursachergerechte Gebühren, die sich konsequent nach Kriterien wie Effizienz und Effektivität orientieren sowie transparent ausgewiesen sind

2. Handlungsfeld Raumplanung

- ausreichende Flächen für Wohnen und Arbeiten
- kantonale und regionale Richtplanungen, die auch Standorte für verkehrsintensive und produzierende Betriebe ermöglichen
- einfache, rasche und kostengünstige Baubewilligungsverfahren mit wenigen staatlichen Auflagen

3. Handlungsfeld Verkehr

- leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen und den systematischen Abbau von Verkehrsengpässen ohne einseitige Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) durch Verkehrsbeschränkungen
- wettbewerbsfähige Verkehrsabgaben, die vollständig in die Strasseninfrastruktur fliessen

- ein der Nachfrage entsprechendes Angebot an Direktverbindungen in die europäischen und globalen Absatzmärkte ab dem Flughafendrehkreuz Zürich
- genügend Kapazität für die Geschäftsluftfahrt unter Einbezug des Flughafens Dübendorf

4. Handlungsfeld Arbeit

- ein flexibler Arbeitsmarkt und die wirtschaftsfreundliche Umsetzung des Arbeitsgesetzes
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie ohne einseitige Finanzierung durch die Arbeitgeber

5. Handlungsfeld Energie und Umwelt

- eine sichere und günstige Energieversorgung
- eine Umweltpolitik, die auf marktwirtschaftliche Grundsätze setzt und auf Subventionierung und Umverteilung verzichtet
- keine ideologischen Technologieverbote

6. Handlungsfeld Bildung, Forschung und Entwicklung

- eine Bildungspolitik, die international federführend die künftigen Generationen auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Insbesondere sind Massnahmen notwendig, die den Jugendlichen den erfolgreichen Übertritt von der Sekundarstufe I in die berufliche Grundbildung ermöglichen
- Stärkung der Berufsmaturität unter Beibehaltung der kantonalen gymnasialen Maturitätsquote von maximal 20 Prozent, um einen leistungsstarken Berufsnachwuchs für die KMU zu sichern
- konsequente Weiterentwicklung der dualen Berufsbildung auf die Bedürfnisse und Veränderungen des Gewerbes und der Wirtschaft
- hoher Praxisbezug der Zürcher Fachhochschulen bei Forschung, Lehre und Weiterbildung sowie eine klare Abgrenzung zur universitären Ausbildung
- Zugang der Zürcher Hochschulen zu nationalen und internationalen Forschungsk Kooperationen

7. Handlungsfeld Ordnungs- und Standortpolitik

- messbare Reduktion der Regulierung und ihrer Folgekosten
- ein Staat, der moderne Entwicklungen wie die Digitalisierung zulässt und selber aktiv nutzt, um Bürokratie abzubauen
- Rechtssicherheit und keine Aushöhlung des Privateigentums
- ein Staat, der auf Eigenverantwortung setzt und privaten Initiativen wo immer möglich den Vortritt lässt
- ein Staat, der die Privatwirtschaft nicht mit eigenen Unternehmen und Organisationen konkurrenziert sowie Interessenkonflikte als Eigentümer, Leistungsbesteller und Regulator vermeidet
- ungehinderter Zugang zu den internationalen Märkten
- Umsetzung von Bundesgesetzen ohne weitere kantonale Verschärfungen

Version 0.5 / verabschiedet vom KGV-Vorstandsausschuss am 26. September 2018

Anmerkung: Bezirksgewerbeverbände können die KGV-Kriterien mit eigenen Kriterien ergänzen. Auskunft erteilt der zuständige [BGV](#)